

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle gegen 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgroßkasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 20 Pfg., druckbare Anzeigen 15 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Kurs zum Tag der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Nachschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 152.

Mittwoch, den 2. Juli 1924.

79. Jahrgang.

Tageschau.

* Die deutsche Antwort auf die Kontrollnote erfuhr um die Festsetzung eines Schlußtermins für die Generalinspektion für 30. September.

* Bei den neuen Micumverhandlungen zeigt sich eine neue Unnachgiebigkeit der französischen Vertreter. Die Verlängerung der Micumverträge steht noch nicht fest.

Wie die Blätter aus Düsseldorf melden, dauerten die Verhandlungen mit der Micum den ganzen Tag bis in die späten Abendstunden hinein an, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Um 10 Uhr abends wurde eine Pause gemacht. Die Verhandlungen sollen in der Nacht fortgesetzt werden.

Die separatistische Bewegung hat im Ruhrgebiet einen bedenklichen Charakter angenommen. In Oberhausen fand eine große Versammlung statt, in der der Separatistenführer Rathes sprach. Die Kommunisten scheinen nunmehr mit den Separatisten gemeinsame Sache machen zu wollen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Die Deutsche Antwort auf die Kontrollnote.

Berlin, 1. Juli. (Draht.) Der deutsche Botschafter in Paris hat auftragsgemäß am gestrigen Montag dem Präsidenten der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der nach einer kurzen Einleitung gesagt wird:

„Es wird eine irrlige Auffassung, wenn in den alliierten Ländern geglaubt wird, daß in Europa neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien von der zunehmenden Aktivität deutscher Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen trafen. Die Deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die körperliche Erziehung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Diese Organisationen gehen aber bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die rühre

allgemeine Wehrpflicht

nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragend erzieherischen Charakter hätten. Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Befehlen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden. Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Verwahrlosung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser militärischen Zucht und Erziehung zurückgeführt werden.

Die öffentliche Meinung in Deutschland lehnt sich gegen eine erneute Kontrolle seitens der Interalliierten Militärkontrollkommission deshalb auf, weil diese Kontrolle ihr ständig einen Eingriff in die Reichssouveränität vor Augen führt, der an sich schon etwas ganz besonders Verletzliches hat und der ihr überdies im Vertrag von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint; sie glaubt, daß die deutsche Abrüstung, soweit sie anerkanntermaßen zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die interalliierte Militärkontrollkommission auch endgültig erledigt sein muß. Die Deutsche Regierung kann auch ihrerseits von dem Rechtsstandpunkt, den sie in ihren früheren Noten ausführlich dargelegt hat, nicht abgehen, und sie hält diesen Rechtsstandpunkt ausdrücklich aufrecht.

Wenn sie daraus jetzt gleichwohl nicht die praktischen Folgerungen zieht, so ist für sie hierbei die inzwischen eingetretene Veränderung der gesamtpolitischen Lage bestimmend. Die deutsche Regierung mußte früher unter dem Eindruck stehen, daß die alliierten Regierungen die Militärkontrolle Deutschlands zu einer dauernden machen wollten. Demgegenüber hat die Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai den Gedanken der

Einführung eines Garantiefondes

anstelle der Militärkontrollkommission fallen lassen und die geforderte Generalinspektion des Ergebnisses der Durchführung der befristeten Vertragsbestimmungen ausdrücklich als den Schlußakt der Interalliierten Militärkontrolle bezeichnet. In dem gemeinsamen Schreiben Guerer Eggeling und des Königlich Großbritannischen Herrn Ministerpräsidenten ist dies erneut zum Ausdruck gekommen.

In dem Vertrauen darauf, daß diese Auffassung von den alliierten Regierungen geteilt wird, und unter Feststellung der ausdrücklichen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle und um den Übergang zu dem in Artikel 213 des Vertrages vorgeseh-

nen Verfahren handeln soll, ist die Deutsche Regierung bereit, die Generalinspektion zuzulassen. Sie ist sich bewußt, daß sie dem deutschen Volke damit eine

außerordentliche festliche Belastung

zumutet. Sie legt deshalb voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion zwischen den alliierten Regierungen und der Deutschen Regierung eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geist erfüllt ist, die Beziehungen der Völker in Zukunft regeln soll, dem Geiste der Achtung und des vertrauensvollen Zusammenwirkens, ohne den eine wirkliche Befriedigung dieser Beziehungen unentbehrlich ist. Die Deutsche Regierung darf ferner der Erwartung Ausdruck geben, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt. Die genaue Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse wird es den seit Jahren eingearbeiteten Mitgliedern der Kommission zweifellos ermöglichen, die Kontrolle in kürzester Zeit zu Ende zu bringen; die Deutsche Regierung bittet daher, als Schlußtermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.

Berlin, 30. Juni. Zu der nunmehr überreichten deutschen Antwort auf die Kontrollnote der Botschafterkonferenz haben die Berliner Blätter allgemein hervor, daß ihre diplomatische Geschichte und im einzelnen wirksame Formulierung sich nicht bestreiten lasse. Die deutschen Blätter teilen aber die von der Regierung zum Ausdruck gebrachte Zuversicht für das Verständnis der politischen Notwendigkeiten bei der Gegenseite nicht.

Der „Df. Anz.“ hebt hervor, daß es außerordentlich fraglich sei, ob sich die Grundlagen für das Urteil der Reichsregierung nicht als brüchig erweisen werden würden. Selbst wenn nur bis zum 30. September in Deutschland noch einmal geschäftelt werden sollte, so werde es nicht eben schwer fallen, trotz der belanglosen Ergebnisse, die die Nachspürerei nur haben kann, weil irgend etwas Belangloses einfach nicht vorhanden ist, Gründe scharfweise dafür zu finden, daß die Kontrolle weiter fortgesetzt werden muß. Mit dieser Möglichkeit müsse um so ernsthafter gerechnet werden, als von der „neuen Ära“ zwischen den Völkern, von der die Rede spreche, praktisch bisher recht wenig zu verspüren sei. Die der internationalen Phrasologie angepaßten Ausdrücke der Note hierüber seien offenbar nur geschrieben worden, um damit eine gewisse Festlegung der Gegenseite zu erreichen.

Neue Schwierigkeiten für die Londoner Konferenz.

Unsere bereits vor einigen Tagen veröffentlichte Information, daß voraussichtlich mit einer Verschiebung der Londoner Konferenz zu rechnen sei, scheint sich zu bestätigen. Aus Berlin wird gemeldet:

Nachdem die Regierung eben die Generalinspektion in der Note an die Botschafterkonferenz angenommen hat, taucht schon eine neue Schwierigkeit auf. Französische Zeitungen teilen mit, daß die Konferenz von London nicht am 18. Juli stattfinden könne, wenn der Reichstag nicht vorher alle Befehle zum Sachverständigengutachten in allen drei Lesungen angenommen habe. Herrriot will annehmen, wie er in Brüssel gesagt hat, die Garantien gesichert haben, ehe er auf der Londoner Konferenz zu dem geringen Entgegenkommen Frankreichs in rein wirtschaftlichen Angelegenheiten des unbefestigten Gebietes sich versteht, das im Rahmen seines Garantieprogramms noch übrig bleibt.

Es handelt sich bei dieser Schwierigkeit nicht nur um eine formale Frage, sondern um eine Frage der diplomatischen Taktik. Wenn der Reichstag die Befehle zum Sachverständigengutachten in allen drei Lesungen angenommen hat, ist, auch wenn die eigentliche Verkündung der Befehle hinausgeschoben werden sollte, die Regierung an wichtige sachliche Fragen, die auf der Londoner Konferenz eigentlich erst entschieden werden sollen, gebunden. Das gilt besonders von der Liquidation der Regie, aber auch beispielsweise von der Frage der inneren Organisationen.

Wenn die Angaben der französischen Zeitungen zutreffen sollten, wäre es Pflicht der Reichsregierung, schon in den allerersten Tagen eine Erklärung über diese Frage herbeizuführen; dann erweise es selbstverständlich, daß die Mehrheit für die Befehle zum Sachverständigengutachten davon abhängt, ob diese Befehle bereits eine Einigung über das Sachverständigengutachten darstellen oder aber eine Bindung Deutschlands sind, während die Ententemächte

und insbesondere Frankreich abermals ihre Hände freihalten können.

Die neuen Micumverhandlungen.

Ergebnislose Milderungsversuche der Sachverständigenkommission.

Berlin, 30. Juni. Die heute fortgeführten Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Micum lassen leider erkennen, daß diese nur in sekundären Fragen zur Nachgiebigkeit geneigt ist. Sie verlangt im übrigen, die ungeheure Last der Micumverträge für unbestimmte Zeit der deutschen Ruhrindustrie ungeschwächt weiter aufzubehalten. Die Kohlenmengen sollen in vollem Umfang geliefert werden. Die Micum zeigt sich nur geneigt, die Kohlensteuer um etwas herabzusetzen. Diese Nachgiebigkeit ist aber praktisch vollkommen bedeutungslos, weil die Kohlenbergwerke der Ruhr noch 15 Millionen Dollar Kohlensteuer schulden. Auch in allen anderen Punkten besteht die Micum auf voller Leistung. Das gilt namentlich für Benzol und andere Kohlenprodukte. Die Belastung des Kohlenbergbaus wird aufrechterhalten.

Die Verlängerung der Micumverträge steht noch nicht fest, da die Sachverständigenkommission der Ruhrindustrie angeht, der an den Micumverträgen beteiligten deutschen Unternehmungen sich zu einem neuen Abschluß mit der Micum nur verstehen kann, wenn tatsächlich wesentliche Erleichterungen eintreten und wenn ein Ende dieser Schwerkraft der deutschen Industrie in Aussicht gestellt werden kann.

Neues aus aller Welt.

Die Sturmkatastrophe von Ohio.

Wir gaben unseren Lesern bereits in der gestrigen Nummer Kenntnis von der furchtbaren Sturmkatastrophe, die den nordamerikanischen Bundesstaat Ohio heimgesucht hat. Weitere Meldungen berichten:

Cleveland (Ohio), 30. Juni. (Reuter.) Zur schweren Unterwetterkatastrophe wird noch berichtet: Der Wind, der mit einer Stärke von 85 englischen Meilen in der Stunde blies, war nach Aussagen von Augenzeugen von einer leuchtenden schwarzen wirbelnden Wolke begleitet, die ungefähre die Gestalt eines Fabrikornsteins hatte. Sie legte Teile von Sandusty-Lorain in Trümmer. Die Worte eines Baumstumpens, was stehen blieb, könne nicht mehr wieder hergestellt werden, geben eine Vorstellung von der Schwere des Schadens. Glücklicherweise hörten die ländlichen Kraftstationen in dem Augenblick auf, zu arbeiten, als der Sturm einsetzte, so daß die von Panik ergriffenen Einwohner, die der Wirbelwind hin und her schleuderte, durch die niederfallenden Drähte nicht getötet wurden.

Nach einem Bericht des New York Herald muß man damit rechnen, daß fünfhundert Menschen bei der Katastrophe umgekommen und annähernd 3500 verwundet worden sind. Der Schaden wird auf 65 Millionen Dollars geschätzt. Der Ort Lorain, der an der Grenze zwischen Canada und den Vereinigten Staaten wütete, hat Lorain vollständig vernichtet. Das Unwetter brach um sieben Uhr abends aus, nach einem ungewöhnlich heißen Tage. Mit einem einzigen Donnerstschlag begann ein nicht zu schildern Regensturz. Der Ort Lorain war entseelt. Bäume wurden umgetrieben, Automobile wie Papierstücke umhergeschleudert, so daß sie aneinander zerstückelten. Dächer wurden abgedeckt und ganze Gebäude zum Einsturz gebracht. So stürzte auch das Stadttheater zusammen, in dem Hunderte von Personen gerade einer Vorstellung beiwohnten. Aus den Trümmern des Theaters sind bereits 105 Leichen geborgen. Zu den schweren Schäden des Sturmes kam noch ein verheerender Brand, da sich die zerstörten Gasleitungen entzündeten. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Die Regierung hat sofort umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet und über den ganzen Staat Ohio Kriegrecht verhängt, um Plünderungen zu verhindern. Außer Lorain liegen noch Utopia und Sandesty zum größten Teil in Trümmern.

Die Schilderungen eines Augenzeugen.

Ein Augenzeuge der Katastrophe aus New York gibt folgende Schilderung: „Meine Frau und ich begaben uns im Automobil nach Lorain. Einige Kilometer vor der Stadt begegneten wir einem aus der Stadt kommenden Auto, dessen Chauffeur uns sagte, daß ein Wirbelsturm den Ort zerstört habe. Wir setzten jedoch unseren Weg fort. Aber bald versperrten uns entwurzelte und übereinandergefallene Bäume den Weg. Wir gingen zu Fuß in die Stadt. Überall Ruinen, Häuser ohne Dächer. Zahlreiche Gebäude brannten. In den Straßen liefen verzweifelte Männer, Frauen und Kinder herum. Unter den Ruinen bemerkte man hier und da verstümmelte Körper. Das große Kinematographen-